

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates vom Dienstag, 24. Juli 2001

Sitzungsleiter: Bürgermeister Brilmayer
Schriftführer: König

Anwesend waren stellv. Bürgermeisterin Anhalt, stellv. Bürgermeister Ried, die Stadträtinnen Gruber, Hülser, Dr. Luther, Platzner, Portenlänger, Seidinger und Will sowie die Stadträte Abinger, August, Berberich, Heilbrunner, Krug, Lachner, Mühlfenzl, Ostermaier, Reischl, Riedl, Schechner, Schuder, und Spötzl.

Entschuldigt waren die Stadträte Geislinger, Reischl und Schurer.

Stadtkämmerer Napieralla nahm beratend an der Sitzung teil.

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellte Bürgermeister Brilmayer die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Stadtrates fest.

TOP 1

Ehrung von langjährigen Mitgliedern der Freiwilligen Feuerwehren
öffentlich

Von der Stadt wurden die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr Oberndorf Herr Alfons Kinzner, Stefan Lettl, Martin Lohmeyer, Martin Maillinger, Friedrich Winhart, Georg Wisneth und Ferdinand Hollerieth sowie von der Freiwilligen Feuerwehr Ebersberg Herr Alois Niedermeier für ihre 25-jährige aktive Zugehörigkeit zu den jeweiligen Feuerwehren geehrt. Bürgermeister Brilmayer bedankte sich im Namen des Stadtrates bei den Jubilaren und wies auf die vielfältigen Leistungen der Feuerwehrmitglieder hin. Er überreichte den Geehrten als symbolische Anerkennung für ihren Einsatz die kleine Silbermünze der Stadt.

TOP 2

Brand Baldestr. 5;
Bericht
öffentlich

In der Nacht vom 06. auf den 07. Juli 2001 ist das städt. Gebäude Badestraße 5 vollständig abgebrannt. Über 160 Feuerwehrleute sowie zahlreiche Mitglieder des Roten Kreuzes waren bis in die Morgenstunden im Einsatz. Von den 14 Bewohnern des Hauses wurde niemand ernsthaft verletzt. Noch in der Nacht wurde für 5 Bewohner in der Hauptschule ein Notquartier errichtet, alle übrigen Bewohner konnten in der Nachbarschaft bzw. bei Verwandten oder Bekannten kurzfristig unterkommen.

In den folgenden Tagen wurden von der Stadt auf dem Parkplatz an der Baldestraße vier Wohncontainer sowie je 1 Sanitär- und WC-Container zur vorübergehenden Unterbringung der obdachlos gewordenen Bewohner aufgestellt. Dort wohnen derzeit 9 Personen, 2 weitere Personen wurden in einem Zimmer im städt. Gebäude Baldestraße 1 untergebracht. Eine Unterbringung z.B. in der Jugendherberge war aus Feuersicherheitsgründen nicht möglich.

Die Verwaltung bemüht sich derzeit intensiv darum, für die Betroffenen im sozialen Wohnungsbau sowie auch auf dem freien Wohnungsmarkt geeignete, ihren Lebensumständen entsprechende Wohnmöglichkeiten zu finden und zu vermitteln. Ziel ist hierbei durch eine geeignete dauerhafte Unterbringung im Mietwohnungsbereich die Übergangslösung Wohncontainer so kurz wie möglich zu gestalten.

Der Stadtrat nahm den Bericht zur Kenntnis.

TOP 3

Museum Wald und Umwelt – Innenausbau;
Vergabe von Schreiner-, Schlosser- und Trockenbauarbeiten
 öffentlich

Der Umwelt-, Sozial- und Kulturausschuss hat sich in seiner Sitzung vom 22.05.2001 eingehend mit der Vergabe der vorstehenden Arbeiten befasst. Im Einzelnen wird auf die dortige Niederschrift verwiesen.

Im Haushaltsplan 2001 sind für die Fortsetzung der Baumaßnahmen am Waldmuseum insgesamt DM 300.000,00 vorgesehen. Hiervon ist ein Teil von DM 117.000,00 bereits anderweitig gebunden, so dass für die vorstehenden Gewerke noch DM 183.000,00 zur Verfügung sind. Die jeweils günstigsten Angebote

Schreinerarbeiten:	Firma Wimmer-Huber GmbH	DM	161.117,00
Schlosserarbeiten:	Metallbau Hahn	DM	22.736,00
Trockenbauarbeiten:	Firma Schwarz	DM	38.596,00
ergeben ein Auftragsvolumen von		DM	222.449,00

Die Finanzierung des Fehlbetrages von ca. DM 40.000,00 soll in Haushalt 2002 erfolgen. Die Arbeiten werden deshalb so gestreckt, dass Abrechnungen in einer Größenordnung von ca. DM 40.000,00 erst im Jahr 2002 vorgelegt werden können.

Die Arbeiten sind so ineinander verflochten, dass ein detaillierter Zeitplan gegenseitig abgestimmt werden muss. Die Bindung an diesen Zeitplan ist Bestandteil der Auftragsvergabe.

Der Stadtrat beschloss mit 22 : 0 Stimmen, der Auftragsvergabe an die genannten drei Firmen Wimmer/Huber, Metallbau Hahn und Firma Schwarz zu den genannten Bedingungen und der vorgeschlagenen Finanzierung zuzustimmen.

TOP 4

7. FNP-Änderung Gmaind Nord;

1. Behandlung der eingegangenen Anregungen aus der vorgezogenen Bürgerbeteiligung sowie der Träger öffentlicher Belange
2. Billigungs- und Auslegungsbeschluss

öffentlich

1. Behandlung der eingegangenen Anregungen aus der vorgezogenen Bürgerbeteiligung sowie der Träger öffentlicher Belange.
-

Im Rahmen der vorgezogenen Bürgerbeteiligung und Anhörung der Träger öffentlicher Belange wurden Stellungnahmen vom Landratsamt Ebersberg, von der Kreisbrandinspektion und vom Wasserwirtschaftsamt abgegeben. Im Einzelnen wird hierzu auf die vorberatenden Niederschrift des Technischen Ausschusses vom 31.05.2001 lfd. Nr. 13 verwiesen. Der Technische Ausschuss hat dort jeweils einstimmige Beschlussempfehlungen an den Stadtrat gefasst.

Zu den vorgetragenen Stellungnahmen fasste der Stadtrat folgende Beschlüsse:

a. Landratsamt Ebersberg;
Baufachliche Stellungnahme vom 26.04.2001

Der Stadtrat beschloss mit 22 : 0 Stimmen, im Flächennutzungsplan die künftige Erschließungsstraße entlang der Westseite des Grundstücks Fl.-Nr. 1070 Gmkg. Ebersberg darzustellen. Die Hinweise des Landratsamtes zur Aufstellung eines Bebauungsplanes bzw. einer Entwicklungssatzung werden zur Kenntnis genommen.

b. Landratsamt Ebersberg;
Naturschutzfachliche Stellungnahme vom 26.04.2001

Der Stadtrat beschloss mit 22:0 Stimmen, die Ortsrandeingrünung auf dem Grundstück Fl.-Nr. 1095 Gmkg. Ebersberg darzustellen.

c. Landratsamt Ebersberg;
Immissionsschutzfachliche Beurteilung gem. Schreiben vom 26.04.2001.

Der Stadtrat beschloss mit 22 : 0 Stimmen, die dort vorgetragenen Hinweise zur Kenntnis zu nehmen.

d. Kreisbrandinspektion für den Landkreis Ebersberg;
Stellungnahme vom 11.04.2001

Der Stadtrat beschloss mit 22 : 0 Stimmen, den vorgetragenen Hinweis auf eine erforderliche Ertüchtigung der Löschwasserversorgung als erledigt zu betrachten, da die Löschwasserversorgung für die künftige Bebauung hergestellt werden kann.

e. Wasserwirtschaftsamt München;
Stellungnahme gem. Schreiben vom 24.04.2001

Der Stadtrat beschloss mit 22 : 0 Stimmen, die vom Wasserwirtschaftsamt vorgeschlagene Minimierung der Flächenversiegelung anzuerkennen und dies in einem noch folgenden Satzungsverfahren näher zu prüfen.

2. Billigungs- und Auslegungsbeschluss

Der Stadtrat beschloss mit 22 : 0 Stimmen, die Änderung des Flächennutzungsplans unter Berücksichtigung der vorher beschlossenen Änderungen und Ergänzungen zu billigen und gem. § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen.

TOP 5

Einzelhandelssituation in Ebersberg;
Durchführung einer Kundenbefragung

öffentlich

Bürgermeister Brilmayer informierte den Stadtrat über das letzte Treffen des Arbeitskreises Einzelhandel am 16.05.2001. Dort wurden u.a. aus der Mitte der Geschäftsleute die zusätzlichen Arbeitskreise „Ladenöffnungszeiten“ zur Abstimmung der Öffnungszeiten möglichst vieler Einzelhandelsbetriebe in Ebersberg sowie „Gute Nachrichten“ zur Verbesserung und Verdichtung der Kundeninformation auch über die Presse gegründet.

Erfreulich ist auch, dass zwischenzeitlich zahlreiche weitere Einzelhändler in Ebersberg der Werbegemeinschaft beigetreten sind. Ferner wurde auch ein Parkleitsystem diskutiert, dessen Umsetzungsmöglichkeiten derzeit von der Verwaltung im Rathaus geprüft wird.

Wesentlicher Beratungspunkt war jedoch die Durchführung einer von Prof. Heinritz vorgeschlagenen Kundenbefragung. Sie soll möglichst mit der Nachbarstadt Grafing gemeinsam stattfinden, um Zu- und Abfluss von Kaufkraft im gemeinsamen Mittelzentrum zu untersuchen. Hierfür ist grundsätzlich auch ein Zuschuss aus Mitteln der Städtebauförderung möglich. Ebenso wird sich die Werbegemeinschaft an den der Stadt dann verbleibenden Kosten beteiligen.

Die Umfrage soll in zwei Teile gegliedert werden:

a. „Point of Sale“ – Messung zur Feststellung des relevanten Einzugsbereichs:

Hierzu wird während 3 – 4 Tagen in ausgewählten Geschäften durch Abfrage der Postleitzahl bei der Bezahlung des Kaufpreises die Herkunft des Kunden ermittelt. Daraus ergibt sich der Einzugsbereich für die anschließende

b. telefonische Haushaltsbefragung:

Hier werden nach dem Zufallsprinzip ca. 300 Kunden aus dem Bereich der Stadt Ebersberg, bei einer Beteiligung der Stadt Grafing weiterer 300 Kunden aus dem Bereich der Stadt Grafing und weiterer 300 Personen aus dem jeweiligen umliegenden Einzugsbereich befragt nach

- Qualität der Fachberatungen in den Geschäften
- bevorzugte Einkaufsziele und Grund dafür
- Qualität des Warenangebots
- Quantität des Warenangebots
- Angebotslücken
- Kundenfreundlichkeit
- Erreichbarkeit der Geschäfte
- Öffnungszeiten
- welche Ware wird wo gekauft
- Berücksichtigung des Behördenstandortes Ebersberg
- Einbeziehung spezifischer örtlicher Gegebenheiten.

Die Point of Sale – Messung dauert inklusive Auswertung ca. 14 Tage, unmittelbar anschließend sollte die Haushaltsbefragung erfolgen. Die Umfrage sollte weder in der Ferien- noch in der Vorweihnachtszeit durchgeführt werden, so dass als frühest möglicher Termin der Oktober 2001 in Frage kommt. Die Gesamtkosten der Beratertätigkeit von Prof. Heinritz, der Einzelhandelskartierung des vergangenen Jahres sowie der geplanten Kundenbefragung werden mit ca. DM 55.000,00 geschätzt. Für die Kundenbefragung sind darin DM 25.000,00 enthalten. Nach Abzug der Städtebaufördermittel ist zu erwarten, dass der Stadt ein Kostenanteil von ca. DM 12.000,00 verbleibt, an dem sich auch die Werbegemeinschaft beteiligen wird. Darüber hinaus wird die Werbegemeinschaft auch darauf hinwirken, dass die Point of Sale – Messung unmittelbar vom Personal der ausgewählten Geschäfte durchgeführt wird. Soweit dies im Einzelfall nicht möglich ist, müsste hierfür zusätzliches studentisches Personal bereit gestellt werden.

In der Beratung im Stadtrat wurde einerseits bezweifelt, dass für eine weitere Untersuchung Geld ausgegeben werden sollte, da eher pragmatische Lösungsansätze gefragt seien. Dem gegenüber wurde darauf hingewiesen, dass der Sozialausschuss in seiner Sitzung vom 22.05.2001 die Kundenbefragung einstimmig empfohlen hat und auch die Werbegemeinschaft die Kundenbefragung mitträgt. Ferner wurde im Stadtrat die Auffassung vertreten, dass die Hauptursache für die schlechte Einzelhandelsstruktur Ebersberg das Fehlen von ausreichenden Verkaufsflächen sei, um Handelsbetriebe anzusiedeln, die über ihre Magnetwirkung auf potentielle Kunden auch kleineren Läden eine Existenzmöglichkeit bieten. Ferner wurde in der Diskussion darauf hingewiesen, dass Ebersberg nur gemeinsam mit und nicht gegen die Nachbarstadt Grafing die Einzelhandelsituation beurteilen kann und der Stadt im örtlichen Gesamteinzelhandelsprozess die Aufgabe zukommt, optimale Rahmenbedingungen für den Einzelhandel einerseits und die Kunden andererseits zu schaffen. Hierzu gehöre neben der Feststellung von Verkaufsflächen und Sortiment auch die wissenschaftlich fundierte Feststellung des Kundenverhaltens. Allerdings sollte die geplante Umfrage im Hinblick auf die unmittelbar bevorstehende Bebauungsplanung im Innenstadtbereich mindestens bis zum Frühjahr 2002 verschoben werden, weil vor diesem Zeitpunkt nicht feststehen dürfte, ob und wie die Entwicklung der Innenstadtbebauung fortgeschrieben wird.

Der Stadtrat beschloss abschließend mit 8 : 14 Stimmen, eine Kundenbefragung entsprechend der Empfehlung des Umwelt-, Sozial- und Kulturausschusses noch im Oktober 2001 abzulehnen.

Der Stadtrat beschloss ferner mit 14 : 8 Stimmen, einer zweiteiligen Kundenbefragung wie von Herrn Prof. Heinritz vorgeschlagen, grundsätzlich zuzustimmen, diese Kundenbefragung aber abhängig von der weiteren Entwicklung des Bebauungsplanes Innenstadt frühestens im Frühjahr 2002 durchzuführen.

TOP 6

Straßenbenennung Manfred-Rothe-Weg

öffentlich

Der Stadtrat beschloss mit 17 : 5 Stimmen entsprechend der Empfehlung des Technischen Ausschusses vom 06.03.2001, den bisher namenlosen Weg von der Dr.-Wintrich-Straße über die Hupfauer Höhe bis zur Ringstraße mit der Bezeichnung „Manfred-Rothe-Weg“ zu benennen.

TOP 7

Ankauf eines Pritschenwagens (Doppelkabiner) für den Bauhof und eines Pritschenwagens für die Gärtnerei

öffentlich

Der Stadtrat wurde davon unterrichtet, dass der 15 Jahre alte VW-Bus des städt. Bauhofs aufgrund eines Getriebeschadens nicht mehr verwendet werden kann. Eine Reparatur ist unwirtschaftlich.

Ebenso weist das bereits 11 Jahre alte Fahrzeug der Stadtgärtnerei seit längerer Zeit erheblich Getriebedefekte auf, so dass auch bei diesem Fahrzeug jederzeit mit einem Totalausfall gerechnet werden muss. Zudem wären für dieses Fahrzeug erheblich Investitionen erforderlich, um im Februar 2002 eine erneute Zulassung durch den TÜV zu erreichen.

Von der Verwaltung wurden hierzu Angebote eingeholt. Das Autohaus Ebersberg bietet einen Pritschenwagen Doppelkabine mit Gestell und Plane zum Preis von DM 48.000,00 für den städt. Bauhof und einen Pritschenwagen Einfachkabine zum Preis von DM 39.000,00 für die Stadtgärtnerei unter Rücknahme des bisherigen Gärtnerwagens in der von Bauhof und Gärtnerei jeweils gewünschten Ausstattung an. Zur Finanzierung der beiden Fahrzeuge ist im Haushalt heuer ein Teilbetrag von DM 63.000,00 enthalten. Das Autohaus Ebersberg hat sich bereit erklärt, beide Fahrzeuge noch heuer zu liefern, den Betrag von DM 39.000,00 für das Gärtnerfahrzeug aber erst zum 15.02.2002 fällig zustellen, so dass eine Veranschlagung der restlichen Mittel im Haushalt 2002 möglich ist.

Der Stadtrat beschloss mit 22 : 0 Stimmen, der Anschaffung beider Fahrzeuge wie beschrieben zuzustimmen.

TOP 8

Bericht über einen möglichen Antrag auf Änderung des Landesentwicklungsprogrammes

öffentlich

Ausgelöst durch die Änderung der Rechtsgrundlagen für die Ballungsraumzulage wurde vom Personalrat der Stadt angeregt, im Landesentwicklungsprogramm Bayern den Antrag zu stellen, Ebersberg in die engere Verdichtungszone um die Landeshauptstadt München aufzunehmen. Dadurch wäre es möglich, die Ballungsraumzulage auch für den Bereich der Stadt Ebersberg künftig wieder im vollen Umfang zu gewähren. Die Stadt hat dieses Anliegen auch an den Landkreis herangetragen, der – insbesondere im Krankenhaus, aber auch im Landratsamt – von der Streichung der Ballungsraumzulage erheblich betroffen ist. Der Landkreis hat nun bereits einen entsprechenden Antrag an den Planungsverband herangetragen, um u.a. die Städte Grafing und Ebersberg in den engeren Verdichtungsbe- reich aufzunehmen. Die beiden Bürgermeister dieser Städte haben daraufhin beim Planungsverband vorgeschlagen, um grundsätzlich die weiteren Auswirkungen dieses Schrittes zu erörtern. Dabei handelt es sich im wesentlichen um zwei Gesichtspunkte:

- a. Genehmigungsbehörde für den Flächennutzungsplan und Änderungsverfahren des Flächennutzungsplanes ist nicht mehr das Landratsamt Ebersberg, sondern die Regierung von Oberbayern.

- b. Für die Stadt Ebersberg gilt künftig das sogenannte Harmonisierungsgebot, d.h. wenn die Stadt Gewerbeflächen ausweist, muss sie grundsätzlich auch entsprechende Wohnbauflächen zur Verfügung stellen. Rückfragen bei den hier bereits betroffenen Gemeinden Kirchseon und Zorneding, die seit längerem im Stadt-Umland-Bereich (= engere Verdichtungszone) sind, haben gezeigt, dass sich aus diesen beiden Gesichtspunkten bisher für diese Gemeinden keine Nachteile ergeben haben. Insbesondere entsteht keine Beeinträchtigung der Planungshoheit der Gemeinde.

Voraussetzung für einen entsprechenden Antrag ist nach Auffassung der Verwaltung auch ein gemeinsames Vorgehen der beiden Städte Grafing und Ebersberg. Die Verwaltung wird die Angelegenheit weiter verfolgen.

Der Stadtrat nahm von dem Bericht Kenntnis.

TOP 9

Festlegung der Sitzungsferien

öffentlich

Der Stadtrat beschloss mit 23 : 0 Stimmen, die Sitzungsferien für den Zeitraum vom 26.07. – 10.09.2001 festzusetzen.

TOP 10

Ferienausschuss des Stadtrates; Benennung der Mitglieder

öffentlich

Von den Fraktionen wurden folgende Mitglieder bzw. Vertreter für den Ferienausschuss 2001 benannt:

Mitglied	Vertretung
Lachner	Ostermaier
Anhalt	Schuder
Hülser	Spötzl
Riedl	Dr. Luther
Schurer	Platzer
Mühlfenzl	Portenlänger
Heilbrunner	Schechner
Berberich	Will

Zu einer Sitzung des Ferienausschusses wird voraussichtlich am 14. August geladen werden.

Der Ausschuss beschloss mit 22 : 0 Stimmen, die Bestellung der Mitglieder und Vertreter des Ferienausschusses 2001 wie von den Fraktionen vorgeschlagen, vorzunehmen.

TOP 11

Verschiedenes

öffentlich

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

TOP 12Wünsche und Anfragen

öffentlich

Stellv. Bürgermeisterin Anhalt übermittelte dem Stadtrat den Dank von Herrn Rektor Schwellung für die Bereitstellung finanzieller Mittel für die Schule, insbesondere für den M-Klassen-Zug. Hierzu berichtete Bürgermeister Brilmayer, dass aus den früheren freiwilligen 10. Klassen, deren Kostenaufwand für auswärtige Schüler über Gastschulbeiträge auf deren Heimatgemeinden umgelegt werden konnte, inzwischen ein vollständiger Ausbildungszug „M 7 bis M 10“ hervorgegangen ist, für die nach der derzeit geltenden Gesetzeslage eine Erhebung von Gastschulbeiträgen nicht zulässig ist. Dieser M-Klassen-Zug ermöglicht es Hauptschülern, an der Hauptschule die Mittlere Reife abzulegen. Von den derzeit fast 100 M-Klassen Schülern an der Hauptschule Ebersberg stammt nur etwa 1/4 aus Ebersberg selbst. Dies bedeutet, dass die Stadt zur Zeit ca. DM 130.000,00 Gastschulbeiträge für die übrigen M-Klassen Schüler nicht erhält. Dankenswerter Weise übernimmt der Landkreis auf freiwilliger Basis die Kosten der Beförderung für diese Schüler.

Die Problematik wurde von der Stadt eindringlich dem Kultusministerium vorgetragen.

Im Stadtrat wurde die Auffassung vertreten, dass darüber hinaus auch der Gemeindetag und der Städtetag mit der Thematik befasst werden sollte.

Stadtrat Heibrunner bat um Auskunft, wann der durch den LKW verursachte Schaden im Bereich der Arkaden Heinrich-Vogl-Straße beseitigt wird. Die Verwaltung wird sich hierzu erneut mit der betroffenen Versicherung in Verbindung setzen.

Auf Anfrage von Frau Stadträtin Portenlänger zur Sicherung der Fußgänger am Gehweg Heinrich-Vogl-Straße wurde von der Verwaltung mitgeteilt, dass das Straßenbauamt einer ursprünglich geplanten Aufkiesung zugestimmt hätte, dies aber aus technischen Gründen nicht möglich ist, da bei starken Regenfällen Schäden durch Abschwemmungen verursacht würden. Deshalb soll nun eine Begrenzung durch einen Wulst geschaffen werden.

Frau Stadträtin Gruber bat, die Plakatwand an der Eberhardstraße/Baldestraße wieder zu reinigen und neu zu bekleben.

Stadtrat Schuder bat, an das Straßenbauamt heranzutreten und die Beseitigung des Bewuchses im Bereich der Verkehrsinsel an der Kreuzung Rosenheimer Straße/B 304 zu sorgen.

Beginn der öffentlichen Sitzung: 19:00

Ende der öffentlichen Sitzung: 21:45

Es folgte eine nicht öffentliche Sitzung.

Ebersberg, 27.07.2001

Brilmayer
Sitzungsleiter

König
Schriftführer